

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Ostpreußen“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch den Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfa., die halbspaltige Reklameweile 40 Pfa., Ausnahmestellen 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Baromiete übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Zustehen, zusätzlicher Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme, vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 33

Donnerstag, den 20. März 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Gegen die Stimmen der gesamten Oppositionsparteien wurde im Reichstag das Republikfluchtgesetz mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen.

* Während die Gegenparteien zwischen Frankreich und Italien immer noch sehr zerstreut sind, scheint sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung anzubahnen, die vielleicht auf dem Wege des Schiedsgerichts erfolgen soll.

* Wegen der Frage der Saarrückführung fand in Berlin eine große Kundgebung statt, in der nochmals die Bindungen der Bevölkerung für eine Verständigung mit Frankreich festgelegt wurden.

* Die deutschen Schulen in Polen sind seit dem Jahre 1922 um 28 Prozent zurückgegangen.

Hindenburg und die deutsche Jugend.

Ein Brief des Reichspräsidenten.

— Berlin, 18. März.

Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte der Reichspräsident ein Schreiben an den Reichspräsidenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben geschickt, in dem die Jugendorganisationen namens der Toten von Langemann an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Volensvertrag die Unterschrift zu erteilen. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrte Herren!

Von Ihrem, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die Jugendlichen von der Reichsregierung im Hinblick auf die Bestimmungen über den Youngplan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung gefunden und mancher irrigen Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verzweifle ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angegeben habe.

Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände in Ihrem Schreiben an die Toten von Langemann berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Einwirkung an die systematisch für das Vaterland gesonnenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Maßnahme, die die Toten von Langemann für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mit freundlichen Grüßen!

— Hindenburg.

Deutsch bleibt die Saar!

Große Kundgebung in Berlin.

— Berlin, 19. März.

Die durch die seit Monaten geführten deutsch-französischen Saarverhandlungen in den Vordergrund gerückte Frage der Saarrückführung bildet den Gegenstand eines Vortragsabends, der im ehemaligen Sprechsaal stattfindet und in Gemeinschaft mit dem Bunde der Saarvereine und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landmannschaft in Berlin veranstaltet wurde. Der Bericht über die Präzisierung des Saargebietes und der Saarwirtschaft wurde vom Stadtverordneten Hirt-Saarländers erörtert. Seine Ausführungen gipfelten in der Folgerung: Ohne Saarrückführung ist eine Befriedung Europas nicht denkbar.

Verwaltungsdirektor Rogel-Berlin verlas eine Entschließung, in der u. a. ausgeführt wird: „Entgegen dem einmütigen Willen der Bevölkerung an der Saar wurde das Saargebiet 1919 einer autoritären Fremdherrschaft unterstellt. Seine Kohlengruben wurden dem französischen Staat übergeben. Die Industrie wurde unter politischen Druck übergeben.“

Die Bevölkerung des Saargebietes verlangt die Wiederumkehr dieses ihr zugewiesenen in der Weltgeschichte einzig dastehenden schmerzlichen Unrechts.

Seit Monaten verhandelt man in Paris über die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland, bis jetzt ohne jedes positive Ergebnis. Eine Befriedung Europas kann nur dann eintreten, wenn die Lösung der Saarfrage im Sinne des Willens der Bevölkerung erfolgt.

Kellose Beteiligung jedes fremden Einflusses auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebiet ist zwingende Notwendigkeit, eine den wirtschaftlichen Interessen aller Beteiligten gerecht werdende Lösung der Frage des Ausbaus der Güter muß sich beim gegenwärtigen Willen Frankreichs leicht finden lassen.

Eine Regelung, die nicht auf dieser Grundlage fußt oder die neue Belastung des deutschen Volkes mit sich bringt, lehnt die Saarbevölkerung einmütig ab. Sollte — wie es den Anschein hat — Frankreich durch unbedingte Forderungen den Abbruch der Verhandlungen erzwingen, so fordert die Bevölkerung des Saargebietes, daß der Völkerverbund seine Pflicht erfüllt und für eine abschließende Befriedung des Unrechts an der Saar Sorge trägt.

In ihrer Treue zum deutschen Vaterland wird die Bevölkerung an der Saar niemals wankend stehen.“

Minister gegen Minister.

Wissel desavouiert Moltenhauer.

— Berlin, 19. März.

Eine Desavouierung des Reichsfinanzministers Moltenhauer durch den Reichsarbeitsminister Wissel im Haushaltsausgleich des Reiches geht in parlamentarischen Kreisen größtes Aufsehen erregt.

Dr. Moltenhauer hatte in seiner Hamburger Rede am Sonntag programmatische Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung gemacht und u. a. zur Frage der Arbeitslosenversicherung mitgeteilt, daß zurzeit eine Prüfung der Reichsanleihe durch den Reichsparlamentarier stattfindet und dem Vorhand der Reichsanleihe aufgegeben sei, auch feinerste Vorläufe über eine anderweitige Forderung der Leistungen zu machen.

Jetzt erklärte im Ausschuss Reichsarbeitsminister Wissel, daß Moltenhauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe, und daß er, Wissel, von der Notwendigkeit eines organisatorischen Umbaus der Arbeitslosenversicherung nichts gehört habe.

Diese aufsehenerregende Desavouierung eines Kabinettsmitgliedes durch das andere führte zur Vertagung der Ausschussverhandlungen, da sich die Hinzuziehung des Reichsfinanzministers zu den Beratungen als notwendig erwies. In der Aussprache erklärte der Zentrumsgesandter Dr. Köhler, daß offenbar der Reichsarbeitsminister einen Teil seines Haushaltes nicht zu vertreten in der Lage sei.

Für die Deutsche Volkspartei sprach Abgeordneter Nothke für die Ablehnung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Haushaltskapital aus, weil durch die sozialdemokratische Anfrage über die Rede des Finanzministers in Hamburg und die Antwort des Reichsarbeitsministers eine Lage entstanden sei, die die Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitslosenversicherung in Gegenwart des Reichsfinanzministers notwendig mache.

Republikfluchtgesetz verabschiedet.

Auch das Ministerpensionsgesetz angenommen.

— Berlin, 19. März.

Infolge des Mangels an Arbeitsstoff hielt der Reichstag nur eine kurze Sitzung ab.

Zur Erledigung fanden allein die Abstimmungen über das Republikfluchtgesetz und das Ministerpensionsgesetz. Zum Republikfluchtgesetz hatten nur die Kommunisten wieder Änderungsanträge eingebracht, die sämtlich abgelehnt wurden.

In der Schlussabstimmung wurde das Republikfluchtgesetz unter lebhaften Hurrahs der Kommunisten mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Regierungsparteien, dagegen alle Oppositionsparteien. Die Deutschnationalen und die Kommunisten beantragten darauf die Verdrängung des Republikfluchtgesetzes für zwei Monate auszusetzen. Man wollte damit auch in dieser Frage die Entscheidung in die Hand des Reichspräsidenten legen.

Da die Reichspartei sich an der Ausprägung nicht beteiligte, wurden nur 120 Stimmen für den Aussetzungsantrag abgegeben, 255 Stimmen dagegen. Das erforderliche Drittel war also nicht erreicht — und der Antrag abgelehnt.

Das Ministerpensionsgesetz wurde in der Schlussabstimmung mit 340 gegen 70 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Präsident Ebelte stellte fest, daß das Gesetz die für verfassungsändernde Gesetze notwendige Zweidrittelmehrheit gebunden habe.

Am Mittwoch stehen die Steuerentwürfe zur ersten Beratung, ferner ein Antrag der Regierungsparteien, die Ausübung des Reichspräsidenten über die Saager Gesetze öffentlich anzuhängen. Ein kommunistischer Antrag, die letzte Frage von der Tagesordnung abzuhängen, fand außer den Antragstellern nur die Unterstützung der Nationalsozialisten.

Repräsentationsgelder in Preußen.

Die Aufwandsentschädigungen der Staatsminister.

— Berlin, 18. März.

In einer kleinen Anfrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wurde dem Staatsministerium um Auskunft gebeten, wofolange jetzt die besonderen im Haushalt ausgeworfenen Aufwandsentschädigungen der Staatsminister von je 8000 Mark dienten. Das Staatsministerium wurde weiter gefragt, welche Haushaltsmittel in den Jahren 1928 und 1929 insgesamt für gesellschaftliche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wurden, in welcher Höhe die einzelnen Ministerien daran beteiligt waren und um welche Art von Veranstaltungen es sich in den einzelnen Fällen handelte. Aus der Antwort des preußischen Finanzministers sei folgendes mitgeteilt:

Die laufende, nicht rahmengebundene Aufwandsentschädigung für die Staatsminister stellt eine Entschädigung für die persönlichen dienstlichen Aufwendungen der Minister und eine Abgeltung für die Kosten der üblichen laufenden Repräsentation dar.

Am Gegenstand hierzu steht die Gewährung von „Entschädigungen an Dienststellen für außerordentlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen“. Die Erläuterungen zu Kapitel 83 Tit. 3 des Haushalts des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1925 lauten hier folgendes: „Der dienstliche Verkehr mit Vertretern fremder Verwaltungen und Unternehmungen (z. B. Handel, Industrie usw.) nötigt in besonderen Fällen (bei Kongressen, Hauptversammlungen, außerordentlichen Veranstaltungen u. dgl.) nicht nur Beamte, die eine Aufwandsentschädigung beziehen, zu Aufwendungen, für die die Aufwandsentschädigung nicht ausreicht, sondern auch Beamte, die keine Aufwandsentschädigung beziehen, zu Ausgaben, die bei den heutigen Kosten der Lebenshaltung aus ihrem Dienstentlohn nicht bestritten werden können.“

Die Mittel sollen nicht etwa als persönliche Zulage oder Erhöhung der zusehenden Aufwandsentschädigungen überwiesen, sondern nur auf Antrag als Ersatz für tatsächlich im Einzelfalle entfallende Ausgaben, deren Notwendigkeit vom Finanzminister und Finanzminister anerkannt ist, bewilligt werden.“

Es handelt sich hier also im Gegenstand für der laufenden Aufwandsentschädigung der Staatsminister um außerordentliche Veranlassungen, die der beteiligte Staatsminister auf Befehl oder als Vertreter der Staatsregierung geben muß. In den Rechnungsjahren 1928 bzw. 1929 sind für besondere repräsentative Aufwendungen Entschädigungen in Höhe von 94 929,98 M. bzw. 44 773,44 M. gewährt worden.

Die Befestigungsanlagen im Osten.

Das Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

— Berlin, 19. März.

Die im Reichshaushaltsplan für 1930 vorgezeichnete Schaffung von Befestigungsanlagen werden sich nach dem Programm des Reichswirtschaftsministeriums über eine Reihe von Jahren erstrecken. Nach dem Verfall der Vertrag sind Deutschland an Festungen verfallen die Festungen Königsberg, Kalkstein, Glogau und Breslau. Im Jahre 1927 haben zwischen der Reichsregierung und der Reichsfortifikationskommission längere Verhandlungen über die Befestigung im Osten stattgefunden, und zwar spielte dabei der Artikel 180 des Versailler Vertrages eine wesentliche Rolle. Es wurden Abmachungen getroffen, auf Grund deren Deutschland in einem gewissen Umfang eine Verteidigung seiner Grenzen zugelassen wurde. Man unterschied damals einen inneren und äußeren Grenzstreifen.

Bei den jetzigen Befestigungsanlagen handelt es sich im wesentlichen um Anlagen, die auf dem westlichen Ozeanufer liegen. Es ist ungewiss, daß es sich hier um reine Landesverteidigungsanlagen handelt, die mit der Abrüstung nicht das geringste mehr zu tun haben. Bei dem äußeren Grenzstreifen handelt es sich um solche Anlagen, die einem Verfall bereits bestehender und zugelaufener Anlagen entgegenwirken sollen.

Held weiß von nichts.

Seine englischen Aeußerungen über den Youngplan.

— Berlin, 19. März.

Zu den von einem Berliner Blatt gebrachten Aeußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Held über die Annahme der Finanz-Gesetze und im Zusammenhang damit über die Finanzwirtschaft des Reiches, wegen derer die Reichsregierung in München einen Schritt unternommen hat, hat nunmehr der bayerische Ministerpräsident mitgeteilt, daß sein Aeußerungen in dem Berliner Blatt entstellend wiedergegeben worden seien, und daß er mit Enttäuschung ablehne, derartige Worte gebraucht zu haben.

Die Stelle, um die es sich dabei handelt, befand sich in der Darstellung des Berliner Blattes: „Er — Held — sei der Überzeugung, daß auch weiterhin die Finanzwirtschaft in der deutschen Reichsregierung nicht aufhören werde. Privatrechtlich betrachtet sei ein Verfahren, in so leichtfertiger Weise einen Schuldvertrag zu unterzeichnen, wie jetzt die deutsche Reichsregierung mit dem Youngplan getan habe, mit Gefährnis als Betrugsverbrechen bedroht, denn es sei ausgeschlossen, und das müsse die Reichsregierung wissen, daß dieser Tributplan niemals erfüllt werden könne.“

Polen-Abkommen unterzeichnet.

Berlin, 19. März. Der Reichspräsident hat das Gesetz

über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen unterzeichnet und gleichzeitig über dasselbe ein Schreiben an den Reichsanwalt gerichtet.

Wendung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags.

Berlin, 19. März. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag einen gemeinsamen Antrag auf Wendung der Geschäftsordnung des Landtages eingebracht. Nach dieser Wendung sollen in der Hauptsache auch die Vorarbeiten der Sitzung des bisheriger dem Landtagspräsidenten vorbehaltenen der Sitzung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal erhalten. Veranlassung zu dieser Vorhaben sind die bekannten kommunalistischen Oppositionskampagnen bei der Vorbereitung des Haushalts des Staatsministeriums im Hauptausgleich.

Hindenburgs Appell an die Industrie für den Osten

Berlin, 19. März.

Der Herr Reichspräsident hat gestern das das deutsch-polnische Liquidationsabkommen entfaltende Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles des Vertrages von Versailles unterschrieben und bei dieser Gelegenheit an den Reichsanwalt das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsanwalt!

Aus dem gezeigten Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Überzeugung gewonnen, daß gegen das vom Reichstag beschlossene Liquidationsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsgemäßliche Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Rechtsgutachter, welche die Regierungsvorlage als verfassungswidrig ansehen, jetzt ihre Bedenken als behoben anerkennen, nachdem der Reichstag in der Entschuldigungsfrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung des Teiles 10 des Vertrages von Versailles ausgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei meiner Entschcheidung habe ich von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt; besonders verweise ich die im notleidenden Ost ein weiteres Vaterland gegen dieses Gesetz und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände. Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziele, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unserer Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die auf höchste geliegen ist, zu helfen und auch ihnen den Ader, von dem sie leben, zu bewahren. Das auch hier eifrig und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken auch dieses Gesetz ausfertige, von der Reichsregierung nachordentlich verlangen.

In meiner Rundgebung vom 13. März habe ich mit dahin ausgeprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für die deutsche Landwirtschaft ist ein ganz besonders bedeutungsvolles Gebiet. Zunächst ist erforderlich, daß die arbeits zur Beratung stehenden

Agrarmaßnahmen

die der germanen Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebenswichtig sind, mit aller Eile in die Ausführung und in einem Umfang durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den verzeuweit um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen.

Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten.

Viele landwirtschaftliche Betriebe, Güter wie Bauernhöfe sind in einem Grade verfallend und mit so hohen Zinsleistungen belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgen auch nur die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Ueberforderung und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden.

Geschieht dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler landwirtschaftlicher und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltsam.

Ich weiß wohl, daß es bei der schrecklichen Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen

Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil davon ist — so nehme ich an — aus den gesteigerten Erträgen, die die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechtes Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden kann. Der Abbau der Industriebelastung im Tempo verlangsam und im Ausmaß vermindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das gestrenge zwischen Deutschland und Polen paraphierte Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarprodukten große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen, gerade in Osten die Meinung einer abdriftenden Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen.

Es erscheint mir billig und recht und auch zur Beseitigung dieser Mifflimmung geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten 5 Jahre, aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Hier ist ein Gebiet, wo sich die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion praktisch betätigen kann. Der Hindenburgbrief schließt mit der eindringlichen Aufforderung an die Reichsregierung, auf solcher Grundlage ein Programm durchzuführen. Nur dieser Erwartung habe er das Liquidationsabkommen mit Polen unterzeichnet.

Londoner Schwierigkeiten.

Verständigung mit Frankreich auf unsere Kosten?

London, 19. März.

Die Zusage Macdonalds, daß er sich bemühen werde, Italien gegenüber den französischen Standpunkt zu unterhalten, damit man endlich praktisch weiterkomme, war zweifellos ernst gemeint, und es ist auch bereits eine erste Fühlungnahme erfolgt, die für die englisches Handelsinteressen auch auf seinen amerikanischen Kollegen heißen kann.

Italien aber bleibt zunächst klar bei seiner Forderung der Flottenparität mit Frankreich, und in der öffentlichen Meinung der beiden Länder erregen sich die Gemüter an dieser Inaktivität.

Dabei wird offensichtlich, daß sie sich keineswegs auf die Frage der Flottenparität beschränkt, sondern daß sie hinübergreift und weitestgehend geführt wird durch die nordafrikanischen Interessen Italiens und Frankreichs. Diese Probleme stehen zwar in London nicht zur Diskussion, umso lebhafter aber werden sie in der französischen und italienischen Presse im Zusammenhang mit den Flottenfragen erörtert, ebenso, wie Italien in der Frage der Seestreitkräfte nicht einlenken will, weigert sich Frankreich, irgendwelche territorialen Zugeständnisse von praktischer Bedeutung in Nordafrika zu machen. Durch die Verfestigung dieser Forderungen und Willensrichtungen wird selbstverständlich der maritime Ausgleich nicht erleichtert, und die anglo-italienischen Missverständnisse sehen fürs erste vor verschlossenen Türen.

Dagegen scheint sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung anzubahnen, die ebenfalls auf dem Umwege über Fragen der Andäufung der Erfüllung des Zieles der Flottenkontinenz dienen will.

Macdonald hat als Führer der in der Opposition stehenden Arbeiterpartei in der Frage der ausgebildeten Reserven die französische These entschieden bekämpft. An der Spitze des englischen Kabinetts und als deren Leiter, der für einen Erfolg der Londoner Konferenzen verantwortlich ist, scheint er um dieses Erfolges willen auch im Untertan bereit zu sein und deutet an, daß er sich Zugeständnisse abhandeln lassen werde. Man geht dabei auf englischer Seite scheinbar von dem Gesichtspunkt aus, daß diese Frage der ausgebildeten Reserven praktisch nicht allzu bedeutsam sei.

Ob diese Auffassung nicht irrig ist, wäre doch sehr erwünscht zu prüfen gerade angesichts der Fähigkeit, mit der Frankreich an seiner Forderung festhält und jedenfalls ist es eine Frage, an der eine ganze Reihe in London nicht beteiligter Mächte, auch Deutschland, stark interessiert sind.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 19. März 1930

* Am Sonntag, den 23. März, abends 7/8 Uhr findet in der hiesigen Kirche eine Passionsfeierstunde statt, in der der Singkreis-Wittenberg die Johannespassion von Ledner aus dem Jahre 1694 singt. Die Johannespassion ist ein vierstimmiger Gesang, der die Leidensgeschichte Christi nach dem Johannesangelium zum Wortlaut hat und uns durch die Musik das zum Ausdruck bringen will, was jeder Christ empfinden sollte, wenn er andächtig und mit gläubigem Herzen in der Schrift den Bericht vom Leben und Sterben unseres Herrn Jesus Christus liest. Ledner hat allein zu diesem Zweck seine Passion geschrieben, also nicht als Konzert, sondern für den Gottesdienst. Sie erlebte Evangelium und Predigt im Karfreitag-Nachmittagsgottesdienst.

Mit einer Musik, die uns heute zwar nicht mehr genügend ist, aber dennoch auf uns ihre Wirkung haben kann, gibt Ledner das wieder, was in dem Bericht von dem ungeborenen Geschehen vor jetzt ungefähr 1900 Jahren nachklingt von menschlicher Zerrung und ihrer Ueberwindung durch Gottes Liebe und Gnade in Jesus Christus. So werden wir, wenn wir wahrhaft andächtig und offenen Herzens dem Gesang lauschen, in den Zönen unter mandigen feinen Einzelwirkungen in der Hauptsache einen Gegenang empfinden: Auf der einen Seite die verwirrten und verwirrten Menschenbilder, die Jesus fangen, verhöhn und verpöten oder wie Petrus verleugnen, die ihn gefeind und schließlich verurteilen und kreuzigen. — auf der anderen Seite er selbst, der in Reinheit und sich steigender Kraft das Kreuz trägt, leidet und stirbt. In den sieben Kreuzworten schließlich zeigt sich die ganze Hoheit des Gottessohnes, der er in Wahrheit ist, auch wenn ihn die Menschen verhöhn und kreuzigen. Ueber diese Worte Jesu hinaus, die den Höhepunkt der Passion bilden, läßt sich nicht mehr sagen. So folgt ein fast jäher Schluß: Und er neigte sein Haupt und verschied. — Dem Chor und der Gemeinde gebührt nur noch ein Gebet: „Der du für uns gelitten hast, erbarne dich unser, o Jesus!“

Schon beim Lesen der Leidensgeschichte im Evangelium werden wir ihren Eindruck kaum verwischen sondern erneuern und vertiefen, wenn wir sie noch einmal oder öfter lesen. So wird uns erst recht diese Passionsmusik in der Wiederholung nur einbringlicher und packender sein. Darum soll nach einem Zwischenpiel der Orgel die ganze Passion noch einmal gelungen werden. — Damit man die Musik besser in sich aufnehmen kann, wird der Text, der ihr die Grundlage gibt, im Programm abgedruckt.

* Doppelte Vorbrude. Der preussische Finanzminister hat einen Erlaß an sämtliche Zweige der preussischen Staatsverwaltungen herausgegeben, in dem es heißt: „Aus wirtschaftlichen Gründen ist der Wunsch geäußert worden, die Behörden möchten bei der Abhandlung von Fragebogen und Formblättern an Privatpersonen, Firmen oder Verbänden jeweils 2 Stücke schicken, von denen das eine zur Mitteilung an die Behörde und das andere als Belegstück bestimmt ist. Dielem Wunsch ist möglichst zu entsprechen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch die Finanzämter entschließen, besonders bei der Abgabe der Steuererklärungen einen zweiten Vorbrud für den Steuerpflichtigen mitzugeben, wie das in Vortragezeiten der Fall war.“

— Festhalten und Verkauf von Weidenflächen verboten. Die Weidenflächen spendenden Sträucher, wie Weide, Haselnuß usw. die zur Förderung der Bienenzucht wichtig sind, müssen gelassen werden. Deshalb ist der Verkauf und das Festhalten von Weidenflächen durch Polizeiverordnung verboten. Das Abreißen und Abheben von Weidenflächen, Haselnußblüten usw. wird bei Anzeige mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

Schmiedeburg. Mit einem Leichtmotordar führten gestern abend auf der Weglicher Straße in der Nähe der Zementfabrik zwei junge Leute von hier, der Stellmacher Paul Kuttler und der Arbeiter Otto Fleischer. Durch die Unachtsamkeit eines der Unfallstelle passierenden Autos wurde der Unfall hier gemeldet und sofort die Sanitätskolonne benachrichtigt. Diese sollte die Verunglückten mit der fahrbaren Trage nach hier und brachte sie in ihre Wohnung

Des Fremdes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Bergé.

87

„Und ich begleite dich!“ rief Wilhelm aus. „Ein so gefährlicher Mensch wäre zu allem fähig. Darum ist es besser, du hast einen Beschützer bei dir.“

„Nicht nötig.“ lehnte Otto dieses gutgemeinte Anerbieten entschieden ab. „Frucht bringe ich nicht. Zudem bin ich wohl bedarft. Die gute Wilhelme, die mit schon manchen Diensten geleistet hat, steht immer in meiner Tasche. — Es ist am besten, wenn ich die Sache selber mit ihm mache. — In einer Stunde dürfte alles erledigt sein. Dann hoffe ich, Euch alle zusammen auf dem Moorhof zu treffen. Dort wollen wir das Wiedersehen feiern und weiter über die Zukunft beraten.“

Gretchen und ihre Eltern waren von dem Angeberlichen, das sie loeben über Karl gehört, zu tief erschüttert, als daß sie in Worten ihren Empfindungen hätten Ausdruck verleihen können. — Frei sollten sie sein. — Otto konnte helfen und konnte keine feineren Wünsche, als den, helfen zu dürfen. — Wie teilen die guten Freunde so reichlich ihre Freude! Das gab ein Beglücktes, das wurde eine Stunde hoher Weite.

Otto Normann machte sich auf den Weg nach der Villa seines Vaters. — Der gnädige Herr ließ zwar daheim, doch gewiß für niemanden zu sprechen, da er sich nicht wohl fühlte, eröffnete ihm ein junger Mensch in Bedientracht. Er ließ sich indes nicht abweisen. Es sei ein Mann da, der ihm Geld bringen wolle, sollte der Diener nur sagen —

Und richtig, der Willenbesitzer erliegen bald darauf mit erwartungsvoller Miene selber im Vorraum, wo der „Geschäftsfreund“ — einen solchen vermutete er — wartete. — Doch als er Otto Normann erkannte, da war es um seine

Geistesgegenwart gekommen. Ein Blick aus beiderem Sinnbild hätte nicht so auf ihn zu wirken vermocht wie diese Erscheinung aus dem Reiche der Toten. —

„Otto — du? — Wie soll ich denn das begreifen!“ kam ihm stammelnd über seine blauen Lippen. — „Du bist — Du — kommst, um — um mich persönlich zu sühnen, vermute ich.“

„Nicht darum.“ Hang es erstalt zurück, „sondern um mit dir abzurechnen. — Ich bringe dir hier den Verlobungsring meiner Schwester und die Summe, die du meinen Eltern geliehen hast, um damit ein braun Mädchen zu gewinnen, das himmelhoch über dir Ergrümlungen steht. Ich könnte wegen des großen Betruges, den du an Grete verübtest, deine Verhaftung veranlassen, doch davon will ich absehen. — Wie dein Weib in Johannesburg darauf verzichtete, dich polizeilich verfolgen zu lassen und dem ewigen Richter die Strafe überläßt, so tue auch ich es. — Nur den einen Karl gebe ich dir: Verlasse diese Stätte noch heute und lehre nie wieder hiesiger Kunde, denn die deine Herzbrechen werden sich in der Gemeinde nicht geheimhalten lassen. Du kennst unsere Landeute. Sie würden eine Lynchjustiz an dir ausüben. — Ich halte es für unter meiner Würde, dich zu entlocken, wie du es verdienst, der du unseren Namen in den Sühnen getreten hast.“

Karl stand wie versteinert. — Unheimlich hatten seine Augen sich verengt. Er rang nach Atem, fand lange kein Wort und stieg dann leuchtend hervor: „Man muß mich in gemeintem Weile verstanden haben! — Wer hat es gewagt, die dich Lügen über mich zu sagen?“

Da bog Otto die Photographie aus seiner Tasche, hielt sie dem an allen Gliedern zitternden vor das gelblich gewordene Gesicht und sprach in dem gleichen ruhig-sicheren Ton: „Die Familie des Lords Wisely. — Ich brachte das Bild aus Johannesburg mit und habe selber mit deiner armen, betrogenen Frau gesprochen. — Ich denke, das genügt dir. — Sparen wir uns also alle weiteren Worte und erledigen wir jetzt das Geschäftliche.“

In Karls Ohren sauste und brauste es wie des Herbststurms Schauerwehen. Ihm war es, als hörte er die Stimmen des jüngsten Gerichts. — Hier verlagte seine Schwäche, die ihn so oft aus schwieriger Lage befreit, hier nützte keine Worte mehr. — Medanklich hob er das auf den Tisch gestülpte Pariergeld beiseite, ließ das goldene Ringlein, das er einmal an Gretes Finger gesteckt, in seine Tasche gleiten und schaute wie ein Schwärzter: „Es ist vorbei! Hier hoffe ich zu genesen! — Unfät und flüchtig muß ich sein!“

Verloren war dieses Mädchen, das er so leidenschaftlich begehrt, für ihn. — Er würde Grete nie wiedersehen. — Otto war gegangen. —

Nach mit dem Nachzuge wollte Karl abreisen, denn grüßte Eile schien ihm in der Tat vorzuliegen. — Wochten Geschäftsfreunde, denen er ja genug schuld, den Verkauf seiner Villa hernach befragen. Für ihn kam alles darauf an, sich in Sicherheit zu begeben, ehe die Staatsanwaltschaft auf ihn aufmerksam wurde. — Unter den Opfern seiner Betrügereien befanden sich ja auch verchiedene Deutsche, die ihn sofort verfolgen würden, wenn sie etwas von seinem Auftreten erfürden. — Also fort, weit fort! —

Otto war nach dem Moorhof zurückgekehrt. Roter Nebel hatten die Eltern, Gretchen, Wilhelm, dessen Eltern und der alte Geschäftsführer ihn dort bereits erwartet. — Gestoffen teilte er ihnen mit, daß er sich der unangenehmen Aufgabe entledigt habe. — Karl war auf immer aus der Gegend verschwunden, niemand brauche seine Rache fürchten, denn er sei ein vernichteter, nur noch auf die eigene Sicherheit bedacht Mensch. —

Für Gretchen war es des Glücks und der Uebererhoffungen zwei geworden. Sie konnte sich befreier Kopf schmerzen wegen auf ein paar Stunden in ihr Zimmer zurückziehen, erklärte sie. Vielleicht fühlte sie auch nur das Bedürfnis, mit sich allein zu sein, um in der Stille Gottes Glück zu preisen. —

(Fortf. folgt.)

nach dem Neumarkt. Glücklicherweise scheint der Sturz für die Betroffenen schwerere Folgen nicht zu haben.

Wittenberg, 17. März. Ueber einen Raubüberfall wird folgendes berichtet: Am Freitagabend fuhr der Arbeiter Gohmann aus Stegryna, der auf den Strohstoppeln in Piesberg beschäftigt ist, auf seinem Fahrrad nach Hause. An der Wegbiegung hinter den Brauerei-Mengenberg wurde er plötzlich von zwei Männern angehalten. Die ihn aufreißerten, vom Rade zu steigen. Als er wieder Aufforderung gefordert war, verlangten sie ihm seine Zigarrete, die er auch hingab. Darauf schritten ihm die Räuber seine Fahrradbremsen und entfernten sich eilfertig. Der Ueberfallene mußte seinen Nachhauseweg zu Fuß zurücklegen, jedoch eine Verlosung der Täter unmöglich wurde.

Halle, 10. März. Tief erschützt. In der Nähe der Moritzburg-Brücke waren Angestellte der Stadtgärtnerei mit der Befriedigung der Baumkronen beschäftigt. Dabei fürzte einer aus ungefahr 10 Meter Höhe ab und blieb beinahe hilflos liegen. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Breda, Den Haag. Auf dem Friedhof. Ein junger Mann in einem kleinen Ort der Umgebung verhielt gegen ein Fünftinminütchen in die Luft zu blasen. Die Wänge ließ sich jedoch nach dem Geheiß der Schwärter nicht irre machen und rührte in seinen Mund, um die in den Schlund und in den Magen. Ob sie den Taufentwässerer freiwillig oder nur mit Hilfe einer Operation wieder verlassen wird, steht noch dahin.

Drenth, Den Hooft. Den Kopf zerquetscht. Mittags geriet der Landwirt A. Vandamme von hier beim Anfahren von Bramholz gegen einen Zaunpfosten und den mit drei Pferden bespannten und beladenen Wagen. Von dem Zäunpfosten wurde dem Bedauernswerten der Kopf eingedrückt. Dabei schon nach zwei Minuten war er verstorben. Der Verunglückte hinterließ Frau und zwei noch schulpflichtige Kinder in hilfsvoller Lage.

Garbelegen, Kranke Spanner-Puppen. Aus dem einen Waale in der Umgegend wurden Spanner-Puppen zur Untersuchung an das Zoologische Laboratorium der forstlichen Hochschule in Eberswalde eingeschickt. Diese Untersuchung brachte das überraschende Resultat, daß rund 85 Prozent der Puppen parasitiert sind, die krank und nicht entwicklungsfähig. Bekanntlich sind diese Gebiete der altmächtigen Staats- und Privatforsten von den Kiefern-Spanner befallen. Um ein abschließendes Urteil über die Entwidlung des Spanner-Fraßes zu gewinnen, ist es notwendig, auch aus anderen befallenen Waldungen das Ergebnis der Untersuchung an Puppen zu erfahren.

Rodolfo. Mit dem Flugzeug zur Jagd. Hier andert jeder Lage ein Herr aus Berlin, ein Direktor einer Berliner Elektrizitätsgesellschaft mit seinem Privatflugzeug. Dieser Herr hat hier in der Nähe eine Jagd gepachtet und fliegt, regelmäßig von Berlin aus mit seinem Flugzeug hierher zu kommen, um von hier aus zur Jagd zu gehen. Diese Art der Jagd dürfte für Deutschland wenigstens eine Neuheit darstellen.

Neubendorf, Kreis Querfurt. Ueber Scherz mit äheln folgen. Die Eltern eines Mädchens, das in München in Stellung ist, erhielten von einem Unbekannten die telefonische Mitteilung, daß ihre Tochter schwer verbrannt liege und sofort in die Klinik gebracht werden müsse. Der gerade von der Arbeit heimkehrende Vater begab sich darauf sofort nach München, wo er seine Tochter gesund und guter Dinge antraf. Die Mutter hatte die Mitteilung so sehr erschreckt, daß sie erkrankte.

Schiffsd. Kinder als Drahtseilartisten. Spielende Kinder spannen in der Querfurter Straße einen Draht über die Straße. Ein Motorradfahrer, der das Hindernis nicht bemerkte, kam zu Fall und zog sich am Unterleib schwere Verletzungen zu.

Beendorf bei Helmstedt. Im Salzhanter verhängt. Der auf der Gemeindefabrik verarbeitete Beschäftigte Arbeiter Wenzel ist in einem Selbstmord verwickelt worden. Er konnte erst nach einiger Zeit befreit werden. Nach seiner Entlassung ins Krankenhaus ist bei ihm Verletzungen erlitten.

Verwaltungsbericht der Stadt Kemberg auf das Jahr 1929. (Fortsetzung)

Gegenwärtig wird der Plan einer besonderen Autostraße zwischen Berlin und Leipzig bearbeitet. Man will eine Verkehrsstraße schaffen, die die Wohnplätze umgibt. Die Straße soll auch Kemberg berühren. Sie zweigt von der Dübener Straße etwa in der Mitte zwischen Kemberg und Dubaut ab, geht durch den Wald, verläuft dann weiter auf dem Tafelweg und hinter dem Friedhofe nach der Wittenerberger Straße.

Die Leipziger Straße vor dem Grundstücke des Herrn Alfred Bachmann wurde mit einem Kostenaufwande von 732 RM. verbreitert, wozu noch Straßenlaternen kommen. Der Kinnsitz in der Anhalter Straße ist erneuert worden. Für die Grunderäumung wurde eine Saugpumpe beschafft.

An Bauten wurden errichtet: 12 Häuser, 2 Scheunen, 6 Ställe, 2 Wälschden, 5 Schuppen, 2 Werkstätten, 4 Seitengebäude und 3 Umbauten. Unter letzteren ist besonders der Umbau des Gasthofs zur Weintraube hervorzuheben.

Nach fast 2jährigen Verhandlungen bewilligte die Regierung der Stadt entgeltliche außerordentliche Beihilfe von 6000 RM. für Schulzwecke (Turnhalle usw.). Die Bahn Bergwitz-Kemberg beförderte 42240 Personen (1928 = 44119, 1927 = 41211). Die Fahrgeldentnahme betrug 12405 RM. (1928 = 13112, 1927 = 12728 RM.). Im Güterverkehr wurden 339904 t befördert (1928 = 362910, 1927 = 302836 t). Die Frachten dafür ergaben 107980 RM. (1928 = 110931 RM.). Die Stadt bekam 11% Dividende = 1485 RM. gegen 3% für 1928 und 2% für 1927. Die Bahnerwaltung hat mehrere neue Züge eingelegt.

Hennach, Greifswald. Liebesdrama. Am Bad am Breitensteich spielte sich ein Liebesdrama ab. Eine 17jährige Brautgastin aus Hennach, die mit einem mehrere Jahre älteren Schlosser aus Ruhlitz ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, wurde mit ihrem Geliebten vermißt. In der logenannten Dornenhecke erschloß sich der Schlosser, hierauf brachte sich seine Geliebte gleichfalls einen Verstoß zu, vorzeitig sich aber nur schmerzlos. Nachdem sie am Abend das Bewußtsein wieder erlangt hatte, griff sie zum zweiten Mal zum Revolver, doch war auch der zweite Stoß nicht tödlich. Am Morgen hatte das Mädchen noch soviel Kraft, sich nach einem Gasthof zu schleppen, von wo aus sie dem Krankenhaus zugeführt wurde. Ihr Zustand ist bedenklich, jedoch nicht hoffnungslos.

Hamburg a. S. Sein Kind zu Tode mißhandelt. Der Arbeiter P. in der Moritzstraße wohnend, mißhandelte sein Kind, als dessen Mutter abwesend war, so roh, daß das Kind ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Kind verstarb an den Folgen der unmenslichen Behandlung durch den eigenen Vater. P. wurde sofort in Haft genommen.

Altenburg. Ferkelstärken messen sich. Ein ungewöhnliches Wetzen ereignete sich auf der Straße Schumann-Altenburg, wo zwei Ferkel, einem durch den Ferkelbesitzer und einem Hofknecht. Das führende Ferkel war aus einem Gutsbock in Großhörsitz auf die Straße gerannt und hatte die Richtung nach Altenburg genommen. Ein Hofknecht, der das Gelpann auf der Chaussee eingeholt hatte, gelang es, mit großem Geschick das Ferkelwerk zu überholen und die Ferkel zum Stehen zu bringen. Inzwischen kam auch der Besitzer in einem Kraftwagen heran. Strandweiser Schaden ist nicht entstanden.

Beisetzung der Todesopfer des 6. März

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei.

Unter starker Beteiligung kommunistischer Verbände fand am 20. März die Beisetzung der beiden Arbeiter Erich Frischmann und Georg Karlowitz statt. Am Grabe hielten kommunistische Redner Traueransprachen und legten mit roten Schleifen geschmückte Kränze nieder. Die Polizei hatte außerhalb des Friedhofs umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen und machte mehrere einschreiten, da sich in den zum Friedhof führenden Nebenstraßen immer wieder Ansammlungen bildeten.

An verschiedenen Stellen wurde seitens der Kommunisten Widerstand geleistet, worauf die Polizei mit dem Gummiknüppel die Streifen führte. 20 Personen wurden festgenommen. Von den Kommunisten wurden, so weit bis jetzt bekannt ist, drei durch Gummiknüppelverletzungen verletzt. Die Führer der Kundgebung verließen, auf den Bahnhof Büttgenberg-Friedrichsstraße zu verfahren, wo sie von der Bahnhofspolizei in Empfang genommen wurden. Polizei besetzte den Bahnhof und stellte die Ruhe wieder her.

Versicherungsbeitrag der Präsidentin.

Dr. Momm hat den Schaden wieder gutgemacht.

Durch die Diebstähle der Frau Regierungspräsidentin Momm, die weniger erforderten, um eines Wiederholens von Schaden — selbst Gemüthsruhe und Wider konnten keine Zahlung erzielen — zu Gebraue zu kommen, sollte eine Versicherungs-gesellschaft von ihr um hohe Beträge geschädigt werden. Tatsächlich hatte die Versicherung schon 8000 Mark an Frau Dr. Momm ausbezahlt, ehe die Angelegenheit jetzt von der Kriminalpolizei geführt worden ist. Der Regierungspräsident hat seinerzeit diese Beträge in dem Glauben angenommen, daß wirklich von Fremden in sein Haus eingedrungen worden war. Jetzt hat Dr. Momm der Versicherungs-gesellschaft sofort die geschätzten Beträge zurückgegeben. Man steht vor einem Rätsel, da die Verhältnisse des persönlich wohlhabenden Regierungspräsidenten durchaus geordnet sind und auch seine Frau über ein größeres Privatvermögen verfügt.

Die Kriminalpolizei hat zwei Rotsdamer Einwohner, Bekannte der Präsidentin, festgehalten, die die Sachen verkauft haben. Der eine ist ein früherer höherer Beamter des Regierungspräsidenten, der beim Verkauf der Silberfachen gutgläubig gehandelt haben dürfte. Der andere ist ein Mann, der in Rotsdam ein kleines Uhrmachergeschäft betreibt. Man hat bereits einen großen Teil der Silberfachen wieder herbeigeschafft. Zur allgemeinen Ueberzeugung fand man mehrere Stücke auf dem Boden des Präsidentenpalais, wo sie Frau Dr. Momm versteckt hatte.

Am 1. März wurde die Postautoverbindung Wittenberg-Kemberg eröffnet. Sie dient hauptsächlich der Personen- und Postbeförderung. Es werden täglich 3 Hin- und Rückfahrten ausgeführt. Im Dezember wurde dazu noch eine Sonntags-Nachverbindung eingerichtet. Im Sommer fuhr das Auto Sonntags regelmäßig nach der Heide („Lypin“ und „Waldmeister“). Damit sind unsere Verkehrsverbindungen in vergangenen Jahre recht günstig geworden.

7. Statistik und Wahlen.

Die Einwohnerzahl betrug am Jahresabschlusse 2615 und damit genau soviel wie Ende 1928.

Am 5. Juni fand eine Ermittlung der Anbauflächen statt, die folgendes Ergebnis hatte: 1074 ha Ackerland, 310 ha Wiesen, 5 ha Obstanlagen, 33 ha Gartenland, 697 ha Forsten und Holzungen, 44 ha Haus- und Hofraum, 19 ha Dech- und Unland (teilweise Obstplantagen), 87 ha Wege, Friedhöfe, Sportplätze, Gewässer. Von Ackerland waren bebaut: 467 ha mit Weizen, 372 ha Roggen, 61 ha Gerste, 226 ha Hafer, 2 ha Getreidemengere, 222 ha Kartoffeln, 62 ha Futterrüben, 3 ha Kohlrüben, 2 ha Erbsen, 8 ha Wicken, 1 ha Lupinen, 17 ha Gemenge aus Hülsenfrüchten, 24 ha Acker, 1 ha Luzerne, 4 ha Spargel usw. 3 ha Gartengemüse.

Es erfolgten 3 Viehzählungen. Die Schweinezählung am 1. Juni ergab 178 und am 2. September 324 Ferkel, 441 und 478 Ferkel- und Mastschweine, 38 und 118 Sauen, 3 und 2 Eber.

Bei der allgemeinen Viehzählung am 2. Dezember wurden in 420 Viehhaltungen festgestellt: 181 Ferkel (1928 = 189), 66 Rinder, 15 Bullen und Ochsen, 369 Milchkuhe, 160 Jungkühe, 7 Kühe, 841 Schweine (1928 = 986), 334 Ziegen (1928 = 358), 567 Kaninchen

Aus Rah und Fern.

Berlin. Bevölkerungsbewegung in Berlin im Monat Februar. Nach vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Amtes wurden in Berlin im Monat Februar 2631 (Januar 1929) Ehen geschlossen. Lebend geboren wurden 3936 (3821) Kinder. In der gleichen Zeit starben 4145 (4176) Menschen, davon im Alter bis zu einem Jahr 296 (320). Abgezogen sind 18 812 (21 289) fortgezogen 15 575 (18 746) Personen. Der Zugunsterbüch betrug mithin 237 (2543) Personen, so daß sich die Bevölkerung Berlins am 1. März 1930 auf 4 331 100 stellte.

Frankfurt a. M. Des Rätfels Lösung. Aus dem Main wurde bei Höchst die Leiche des seit dem 8. Februar verschwundenen Direktors des Archäologischen Instituts in Frankfurt a. M., Professor Friedrich Drexel, gefastet. Vermutlich ist der Gelehrte, der sehr fruchtbar war, auf einem Arbeitspaziergang in die Widda geraten, und die Leiche ist dann in den Main getrieben.

Kassel. Eine glückliche Gewinnerin. Eine junge Heilige Kontantin, die sich zu Weihnachten verlobt hatte, kaufte sich gleich darauf für 50 Pfennig ein Los der Kassauer Domlotterie. Jetzt wurde ihr mitgeteilt, daß sie darauf 10 000 Mark gewonnen habe.

Saarbrücken. Französische Bahnschutz-Abteilung als Zehnpfenniger. Vier französische Soldaten vom Bahnschutz wurden in einer Wirtshaus in Sulzbach von dem Wirtshaus vor Beginn der Polizeistunde aufgebracht, die sechs zu belegen. Sie weigerten sich aber, zu zahlen. Nach der zweiten Aufforderung zog einer der Soldaten ein Schillingmesser, ein anderer ging mit einem Stuhl gegen den Wirtshaus vor. Hierauf drangen die empörten Gäste auf die Soldaten ein und drängten sie zum Wirtshaus hinaus. Vor diesem letzte nun eine regelrechte Schlägerei ein. Die Soldaten zogen ihre Bajonette. Ein Arbeiter erhielt einen Bajonettschlag in den rechten Oberarm. Die Soldaten selbst trugen blutige Wunden an den Köpfen davon.

Kadebeul. Aus der Ehe geborgen. Auf Gauerhäger Fähr wurde ein etwa 30jähriger Mann als Leiche aus der Ehe gezogen. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

Lätlicher Angriff auf Rehbein.

Hannu, 19. März. Der frühere kommunistische und jetzige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Karl Rehbein wurde auf dem Friedhof von einem Arbeiter beschimpft. Als er den Täter feststellen wollte, schlug dieser Rehbein mit einer Schaufel blutig. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Tat soll politische Gründe haben. Rehbein wurde bekanntlich von der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und trat zur Sozialdemokratie über. Der kommunistischen Aufforderung, sein Landtagsmandat niederzulegen, leistete er keine Folge.

2 Todesopfer der Trichinose in Stuttgart.

Stuttgart, 19. März. Trichinose-Erkrankungen infolge des Genusses von Wärenisheiten haben bisher zwei Todesopfer gefordert. Das Fleisch löst von einem dreißigjährigen etwa einen Zentner schweren Eiswären geflamm haben, dessen Schichtenfleisch nach frischem Wärenis in einer Fleischwurst-Gemischtheit verarbeitet wurde. Eine 40 Personen wurden verkauft. Man rechnet damit, daß ungefähr 30 Personen erkrankt sind.

Bücher- und Zeitkriftenscha.

Modisch und geschmackvoll geliefert zu sein — das ist der Wunsch jeder Frau. Wenn sie außerdem auch gut unterhalten und beraten sein möchte, greife sie zu **Wochenblatt**, dem auch ein **Wochenblatt** angehängt ist. Die **Wochenblatt** liefert mit großem Schnittmittelpunkt 50 Pf. und ist durch jede Buchhandlung oder vom Verlag Otto Beyer, Leipzig, Weststraße 72, zu beziehen.

Kirchliche Nachrichten.

Kernberg. **Mittwoch,** den 19. März, abends 1/8 Uhr: Beichte und Abendmahlsfeier. **Barren Almus.**

Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr in der Propstie **Wibbelstein** Propst Vertram.

Reichthum bringt nur Schaden. Deshalb darf die Bauernschaft nicht mit ruhigem Gemute die Höhe der Wägen vornehmen. Die Verbindung sei schonend, denn es ist durchaus nicht gleichgültig, ob ein Wägenfeld zwei oder vier Jahre im Gebrauch ist. Längere Gebrauchszeiten bedeuten Gewinn und Wohlstand für die Bauern. Die Bauern sollen deshalb die Wägen der Reichthum nur Dr. Thompssens Wägen mit dem Schwan.

1928 = 407, 4011 Säbner, 121 Vienenhöde (1928 = 89 1927 = 72).

Auf den Viehmärkten waren zum Verkauf gestellt: 4 Käufer (1928 = 23) und 1711 Ferkel (1928 = 2117). Die Witterung war sehr trocken. Von Ende Juni bis 21. September fiel fast kein Tropfen Regen.

Bei der Freitagswahl am 17. November war das Stimmverhältnis ungefähr so wie bei der Stadtverordnetenwahl (siehe Abschnitt 1). Es lagen 6 Wahlvorstände vor. Für Kemberg wurden gewählt Bürgermeister Diege und Arbeiter Sellung. Gestorben hat jedoch kein Mandat kurz nach der Wahl niedergelegt. Als Ersatzmann rückt ein auswärtiger Bewerber ein.

Ein buntes Bild zeigte der Wahlsattel für den Provinzial-Landtag. Er führte 19 Wahlvorstände auf, die um die Gunst der Wähler warben und gab so wieder ein schönes Bild der so oft geprüften „deutschen Einzelheit“. In Kemberg wurden abgegeben: 235 Stimmen für die Sozialdemokraten, 212 für die Deutschnationalen, 215 für die Kommunisten, 64 für die deutsche Volkspartei, 15 für die deutsche Freiheitsbewegung, 33 für die Demokraten, 317 für die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, 5 für das Zentrum, 10 für die deutsche Einheitspartei für Aufwertung und Aufbau, 33 für die christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, 4 für den christlich-vollständigen Öffentlichkeitsdienst, 13 für die Haus- und Grundbesitzer, 7 für Kleinbauern und Hausbauern, 1 für die kommunistische Opposition, 32 für die Nationalsozialisten, 3 für die Volkswohlfahrtsliste, 10 für den Wägenfeld und 59 ungültige Stimm.

Zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ trugen sich 391 Wähler in die Listen ein. Die Abstimmung am 22. Dezember ergab 626 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 10 ungültige Stimmen. **Schluss folgt.**

Seit 50 Jahren

kennt jede Hausfrau diese Packung mit der „Marke Schwan“ und die großen Vorzüge von Dr. Thompson's Seifenpulver.

Schwampulver ist das anerkanntste, dabei sparsame u. billige Waschmittel, ist der Hausfrau zuverlässigster Helfer bei allen Reinigungsarbeiten in Küche und Haus.

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan

Stangenhausen
geeignet als **Rüststangen, Baumföhle, Zaunspangen und Latten** billig abzugeben
Walbwärter Konrad, Parnitz
Ferner verkaufe ich einen größeren Posten **Kiefern-Rollholz** pro Meter 3.— Rm. empfiehlt **Richard Arnold.**

Gesangbücher

Konfirmationsgeschenke von bleibendem Wert!

- | | |
|-----------------------------|-----------------------------|
| Für die Konfirmantin | Für den Konfirmanden |
| Armbanduhren | Taschenuhren |
| Kolliers | Armbanduhren |
| Ringe | Uhrketten |
| Halsketten | Bierzipfel |
| Ohrringe | Manschettknöpfe |
| Broschets | Ringe |
| Börsen | Silberne Füllfederhalter |
| Armbänder | Silberne Bleistifte |

Größte Auswahl in allen Preislagen und Qualitäten!

Leder-Handtaschen zu herabgesetzten Preisen

Kleine Konfirmations-Geschenke in Silber, Alpaka und Kristall

Bitte beschäftigen Sie meine Schaufenster Lagerbesuch ohne Kaufzwang erbeten

Otto Leibnitz, Uhrmacher
Remberg, Leipziger Straße 35

frisch eingetroffen und verkauft ab Lager
Sojaschrot und Kofostuchen
Weizengrießkleie

zum billigsten Tagespreis Spar- und Darlehns-Kasse, Remberg.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Remberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage in **Remberg, Anhalter Straße** eine

Böttcherei

eröffnet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, sämtliche Arbeiten sauber und preiswert auszuführen.

Hochachtungsvoll

Erich Braunsdorf

Zwangs-Versteigerung.
Am Donnerstag, den 20. März 1930, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich im Hotel zum Blauen Hecht in Remberg:

1 Herrenfahrad (Diamant), 1 Motorrad (Alba 3 PS), 13 Schallplatten, 1 Schreibrück, 1 Posten Fahrraderteile, 1 Ziegenfahrrad, 1 Kastenwagen, 1 Posten Möbel

Tafelweine

zu äußerst billigen Preisen
Rudolf Huhn
frisch eingetroffen

Fettbündlinge
geräuch. Seelachs
ff. Sauerkohl
Rosenkohl — Spinat
Salat — Radieschen
Stedtzwiebeln
Pfund 20 Pfennig
bei **Otto Duinge, Kreuzstr. 15**

Morgen Donnerstag empfehle von 3 Uhr ab in feinsten Qualität:
Windbeutel u. Schillerlocken mit Schlagsahne
Cremeschnitte
Apfelstrudel
Plunderhörchen
Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Achtung!

Donnerstag früh an der Weinraube:
Blut-, Seefische, 3 Pfd. 95 Pf.
Blumentohl, 3 Stk. 1,10 Rm., zum Ausluden.
Apfelsinen, 20, 16 u. 14 Stk 1 Rm. alles halblut.
Weißkohl, 10 Pfd. 75 Pf.
Senfgurten, 2 Pfd.-Dose 85 Pf.
Kieler Sprossen, Riste 50 Pf., alles andere sehr billig.

Gustav Bernhardt, Eilenburg

Runkelrübenkerne (Eckendorfer erste Absaat.)
Rotklee, Luzerne, Seradella, Peluschen, Saaterbsen, Saatzwicken, Saatmais, Saatmais
Steckzwiebeln und alle Sorten
Gemüse- u. Blumenamerleten
empfeilt **Rudolf Huhn**

Prima frisches **Lammfleisch** empfiehlt **Ewald Ballmann**

Sonnabend nachm. 5 Uhr sollen die

Wiesen der **Grubelmühle zu Rotta** an Ort und Stelle auf 6 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin. **Der Pächter.**

Schützenhaus

Freitag und Sonntag abends punkt-halb 9 Uhr

Iwan Mosjukin in dem 100prozentigen Abenteuer-Spitzfilm der Ufa

9 Riesenakte



Der größte Abenteuer der mondänen Welt, der König der Hochstapler, gehäßt, geliebt, verfolgt und vergöttert **Manolescu.**

Die verhängnisvolle Liebe des größten Abenteurers einer Epoche zu einer ebenso rassigen und triebhaften wie leichtfertigen Frau, seine Skandalaffären, sein Leben voller Glanz, Triumph und voll nervenpeitschender Abenteuerlichkeit, sein Taumeln von Genuß zu Verbrechen, das alles in einem Film von hinreißendem Schwung und echtem heißpulsierenden Leben.

Ausser dem Riesenprogramm **Die beste Medizin**

Die lustigen Fünf in einer Pathé-Komödie

Olympische Spiele in Amsterdam

200 m-Lauf, Speerwerfen, Hürdenlaufen, Weitsprung 3000 m Hindernislaufen

Wieder ein Volltreffer

Schützenhaus

Sonnabend, den 22. März

großer Ball

Alles Nähere Freitag

„Richters Restaurant“ Sonntag, den 23. März

Fastnachten M. Richter

Ferkel

hat zu verkaufen **Wilhelm Schmidt, Remberg, Wittenberger Neumarkt 23**



Eine hochtragende **Spann-Färse** hat zu verkaufen **Gastwirt, Rotta**

Ziegen-, Kaninchen- u. Geflügelzüchter-Verein.

Bersammlung

1. Bericht über die Hauptversammlung des Ziegenzüchterverbandes,
 2. Vortrag über das Blamieren der Ziegen,
 3. Verschickenes.
- Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand**

Prima frisches **Rind- und Schweinefleisch** frische Flecke empfiehlt **Ernst Bachmann**

Hotel „Blauer Hecht“

Sonntag, den 23. März, von nachmittags 4 Uhr ab

Ballmusik

Eintritt 50 Pf., Tanz frei
Es ladet freundlichst ein **Paul Günther**

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Abmus für die trostreichen Worte und Herrn Konkretor Pade nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Pauline Strensch und Hinterbliebene.



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittwoch des Vaterlandskrieges“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeitung oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Beilagenzeitung 30 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für eilige Wiederabgabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme, vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 33

Donnerstag, den 20. März 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

* Gegen die Stimmen der gesamten Oppositionsparteien wurde im Reichstag das Republikbeschutzesetz mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen.

* Während die Gegenläufe zwischen Frankreich und Italien immer noch sehr lebhaft sind, scheint sich zwischen England und Frankreich eine Verständigung anzubahnen, die vielleicht auf dem nächsten Deutschlandtag erfolgen soll.

* Wegen der Frage des Saarrückfalls war in Berlin eine große Kundgebung statt, in der nochmals die Bindungen der Bevölkerung für eine Verständigung mit Frankreich festgelegt wurden.

* Die deutschen Schulen in Polen sind seit dem Jahre 1928 um 28 Prozent zurückgegangen.

Hindenburg und die deutsche Jugend.

Ein Brief des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. März.

Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte der Reichspräsident den Verzeichnis Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemann an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Polenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident nunmehr die folgende Antwort erteilt:

Sehr geehrte Herren!

Von Ihrem, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die inwieweit von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Youngplan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung gefunden und manche irrigen Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angegeben habe.

Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemann berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Schürzung an die systematisch für das Vaterland gesonnenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Maßnahme, die die Toten von Langemann für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mit freundlichen Grüßen!

Gen.: von Hindenburg.

Deutsch bleibt die Saar!

Große Kundgebung in Berlin.

Berlin, 19. März.

Die durch die seit Monaten geführten deutsch-französischen Saarverhandlungen in den Vorbergang gerückte Frage der Saarrückführung bildete den Gegenstand eines Vortragsabends, der im ehemaligen Ferenhaus (jetzt Saal) und in Gemeinschaft mit dem Bunde der Saarvereine und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landmannschaft in Berlin veranstaltet wurde. Der Bericht über die Wäglung des Saargebietes und der Saarwirtschaft wurde vom Stadtverordneten Pitt-Saarbrücken erteilt. Seine Ausführungen gipfelten in der Folgerung: Ohne Saarrückführung ist eine Befriedung Europas nicht denkbar.

Verwaltungsdirktor Rogel-Berlin vertas eine Entschließung, in der u. a. ausgeführt wird: „Entgegen dem einmütigen Willen der Bevölkerung an der Saar wurde das Saargebiet 1919 einer autoritären Fremdbestimmung unterstellt. Seine Rückgewinnung wurden dem französischen Staat übergeben. Die Industrie wurde unter politischen Druck übergeben.“

Die Bevölkerung des Saargebietes verlangt die Wiedergewinnung dieses ihr zugehörigen und der Weltgeschichte einzig dastehenden ihrer Landes. In dem Schreiben ist die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland, bis jetzt ohne jedes politische Ergebnis. Eine Befriedung Europas kann nur dann eintreten, wenn die Lösung der Saarfrage im Sinne des Willens der Bevölkerung erfolgt.

Keinlelle Beteiligung jedes fremden Einflusses auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebiet ist zwingende Bedingung, eine den wirtschaftlichen Interessen aller Beteiligten gerecht werdende Lösung der Frage des Saargebietes der Güter muß sich beim guten Willen Frankreichs leicht finden lassen.

Eine Regelung, die nicht auf dieser Grundlage fußt oder die neue Belastung des deutschen Volkes mit sich bringt, lehnt die Saarbevölkerung einmütig ab. Sollte — wie es den Anschein hat — Frankreich durch unbedingte Forderungen den Abbruch der Verhandlungen veranlassen, so fordert die Bevölkerung des Saargebietes, daß der Völkerbund keine Pflicht erfüllt und für eine abschließende Verständigung des Antrags an den Saar-Gesetz tritt. In ihrer Treue zum deutschen Vaterland wird die Bevölkerung an der Saar niemals wanken werden.“

Minister gegen Minister.

Wißel desauoniert Moldehauer.

Berlin, 19. März.

Eine Desauonierung des Reichsfinanzministers Moldehauer durch den Reichsarbeitsminister Wißel im Haushaltsauschuh des Reichstages hat in parlamentarischen Kreisen größtes Aufsehen erregt.

Dr. Moldehauer hatte in seiner Hamburger Rede am Sonnabend programmatische Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung gemacht und u. a. zur Frage der Arbeitslosenversicherung mitgeteilt, daß zurzeit eine Prüfung der Reichsanstalt durch den Reichsparlamentarier stattfände und dem Vorstand der Reichsanstalt aufgegeben sei, auch feinerseits Vorschläge über eine anderweitige Beilegung der Leistungen zu machen.

Jetzt erklärte im Ausschuh Reichsarbeitsminister Wißel, daß Moldehauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe und daß er Wißel von dem Reichspräsidenten beauftragt sei, die Leistungen der Reichsanstalt zu prüfen.



molte damit auch in dieser Frage die Entscheidung in die Hand des Reichspräsidenten legen.

Da die Wirtschaftspartei sich an der Auszahlung nicht beteiligte, wurden nur 120 Stimmen für den Auszahlungsantrag abgegeben, 255 Stimmen dagegen. Das erforderliche Drittel war also nicht erreicht — und der Antrag abgelehnt.

Das Ministerentonsgesetz wurde in der Schlusabstimmung mit 340 gegen 70 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Präsident Lohde stellte fest, daß das Gesetz die für verfassungsändernde Gesetze notwendige Zweidrittelmehrheit gefunden habe.

Am Mittwoch stehen die Steuerentwürfe zur ersten Beratung, ferner ein Antrag der Regierungsparteien, die Kundgebung des Reichspräsidenten über die Saager Gelehe öffentlich anzuhängen. Ein kommunistischer Antrag, die Gelehefrage von der Tagesordnung abzuheben, fand außer den Antragstellern nur die Unterstützung der Nationalsozialisten.

Repräsentationsgelder in Preußen.

Die Aufwandsentschädigungen der Staatsminister.

Berlin, 18. März.

In einer kleinen Anfrage der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wurde dem Staatsminister um Auskunft gebeten, welchem Zweck die besonderen im Haushalt ausgeworfenen Aufwandsentschädigungen der Staatsminister von je 8000 Mark dienten. Das Staatsministerium wurde weiter gefragt, welche Haushaltsmittel in den Jahren 1928 und 1929 insgesamt für gesellschaftliche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wurden, in welcher Höhe die einzelnen Ministerien daran beteiligt waren und um welche Art von Veranstaltungen es sich in den einzelnen Fällen handelte. Aus der Antwort des preussischen Finanzministers ist folgendes mitgeteilt:

Die laufende, nicht rahgehohezügliche Aufwandsentschädigung für die Staatsminister stellt eine Entschädigung für die persönlichen dienstlichen Aufwendungen der Minister und eine Abgeltung für die Kosten der üblichen laufenden Repräsentation dar.

Am Gegenh hierzu steht die Gewährung von „Entschädigungen an Dienststellen für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen“. Die Erläuterungen zu Kapitel 63 Tit. 3 des Haushalts des Finanzministeriums für das Rechnungsjahr 1929 lauten hier folgende: „Der dienstliche Verkehr mit Vertretern fremder Verwaltungen und Unternehmungen von Handel, Industrie usw. nötigt in besonderen Fällen (bei Kongressen, Hauptversammlungen, ausgedehnten Veranlassungen) bezügl. zu Aufwendungen, für die die Aufwandsentschädigung nicht ausreicht, sondern auch Beamte, die keine Aufwandsentschädigung beziehen, zu Ausgaben, die bei den heutigen Kosten der Lebenshaltung aus ihrem Dienstentkommen nicht bestritten werden können.“

Die Mittel sollen nicht etwa als persönliche Zulage oder Erhöhung der zusehenden Aufwandsentschädigungen überwiegen, sondern nur auf Antrag als Ersatz für tatsächlich im Einzelfalle eintretende Anslagen, deren Notwendigkeit dem Finanzminister und Finanzminister anerkannt ist, bestritten werden.“

Es handelt sich hier also im Gegenh zu der laufenden Aufwandsentschädigung der Staatsminister um außergewöhnliche Veranlassungen, die der beteiligte Staatsminister auf Beschluß oder als Vertreter der Staatsregierung gehen muß. In den Rechnungsjahren 1928 bzw. 1929 sind für besondere repräsentative Aufwendungen Entschädigungen in Höhe von 94 923,98 M., bzw. 44 773,44 M. gezahlt worden.

Die Befestigungsanlagen im Osten.

Das Programm des Reichswehrministeriums.

Berlin, 19. März.

Die im Reichshaushaltplan für 1930 vorgesehene Schaffung von Befestigungsanlagen werden sich nach dem Programm des Reichswehrministeriums über eine Reihe von Jahren erstrecken. Nach dem Verfaller Vertrag sind Deutschland an Befestungen verblieben die Befestungen Königsberg, Kallin, Glogau und Breslau. Im Jahre 1927 haben zwischen der Reichsregierung und der Weisheitenskonferenz längere Verhandlungen über die Befestigungen im Osten stattgefunden, und zwar spielte dabei der Artikel 180 des Verfaller Vertrages eine wesentliche Rolle. Es wurden Abmachungen getroffen, auf Grund deren Deutschland in einem gewissen Umfange eine Verteidigung seiner Grenzen zugelassen wurde. Man unterließ damals einen inneren und äußeren Grenzstreifen.

Bei den jetzigen Befestigungsanlagen handelt es sich im wesentlichen um Anlagen, die auf dem westlichen Oberufer liegen. Es ist ungewisshalt, daß es sich hier um keine Grenzverfestigungsanlagen handelt, die mit der Abstützung nicht das geringste mehr zu tun haben. Bei dem äußeren Grenzstreifen handelt es sich um solche Arbeiten, die einem Verfall bereits bestehender und zuzulassender Anlagen entgegenwirken sollen.

Held weiß von nichts.

Seine englischen Aeußerungen über den Youngplan.

Berlin, 19. März.

Zu den von einem Berliner Blatt gebrauchten Aeußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Held über die Annahme der Young-Gelehe und im Zusammenhang damit über die Finanzwirtschaft des Reiches, wegen derer die Reichsregierung in München einen Schritt unternommen hat, hat nunmehr der bayerische Ministerpräsident mitgeteilt, daß sein Aeußerungen in dem Berliner Blatt entkelt wiedergegeben worden seien, und daß er mit Entrüstung ablehne, derartige Worte gebraucht zu haben.

Die Stelle, um die es sich dabei handelt, bezogte in der Darstellung des Berliner Blattes: „Er — Held — sei der Ueberzeugung, daß auch fernestrich die Finanzkompetenz in der deutschen Reichsregierung nicht aufhören werde. Kritisch betrachtet sei ein Verfahren, in so leichtfertiger Weise einen Schuldvertrag zu unterzeichnen, wie jetzt die deutsche Reichsregierung mit dem Young-Plan getan habe, mit Gefährnis als Betrugsverstoß bedroht, denn es sei ausgeschlossen, und das müsse die Reichsregierung wissen, daß dieser Tributplan niemals erfüllt werden könnte.“

Polen-Abkommen unterzeichnet.

Berlin, 19. März. Der Reichspräsident hat das Gelehe aber das deutsch-polnische Liquidationsabkommen unterzeichnet und gleichzeitig über dasselbe ein Schreiben an den Reichsanstler gerichtet.

Wendung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags.

Berlin, 19. März. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag einen gemeinsamen Antrag auf Wenderung der Geschäftsordnung des Landtages eingebracht. Nach dieser Wenderung der Geschäftsordnung sollen die Verhandlungen der Ausschüsse in den Verhandlungen der Ausschüsse vorbestehende Rechte haben, das bisher dem Landtagspräsidenten vorbehaltene Recht der Vermehrung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal erhalten. Veranlassung zu dieser Maßnahme sind die bekannten kommunalistischen Obstruktionstakte bei der Vorbereitung des Haushalts des Staatsministeriums im Hauptauschuh.